

Frank Nullmeier

Europäische Wirtschaftspolitik: wissenschaftliche und politische Legitimation

Problemstellung

Vertrauen der Märkte

versus

demokratische Legitimität

Gliederung

- Legitimität der Marktwirtschaft
- Empirische Analysen der Marktlegitimation
- Europäische Wirtschaftspolitik und demokratische Legitimität

Legitimität der Marktwirtschaft

Trennmodell

- Politik (Demokratien) und Ökonomie (Marktwirtschaften) folgen jeweils eigenen Legitimitätskonzeptionen:
 - demokratische Gleichheit und soziale Gerechtigkeit als Leitwert des politischen Funktionssystems
 - Effizienz als Leitwert des ökonomischen Systems
- Übertragung von Legitimitätsstandards von einem auf das andere System ist destruktiv, zieht negative Folgen nach sich.
- Markt darf nicht an Demokratie und sozialer Gerechtigkeit orientiert werden, Politik nicht an effizienter Allokation von Ressourcen.

Doppelanforderungsmodell

- ❑ Politik (Effiziente und marktorientierte Demokratien) und Ökonomie (demokratieoffene Marktwirtschaften) folgen sowohl der Vorstellung demokratischer Legitimität als auch der der Allokationseffizienz.
- ❑ Es findet eine doppelte Übertragung von Legitimitätsstandards statt: Die Ökonomie muss auch demokratisch, verantwortlich, transparent, partizipativ sein, die politischen Institutionen auch effizient, wachstumsorientiert und marktfördernd.
- ❑ Unklar: ‚Rest‘differenz zwischen Politik und Ökonomie?

Verantwortungsmodell

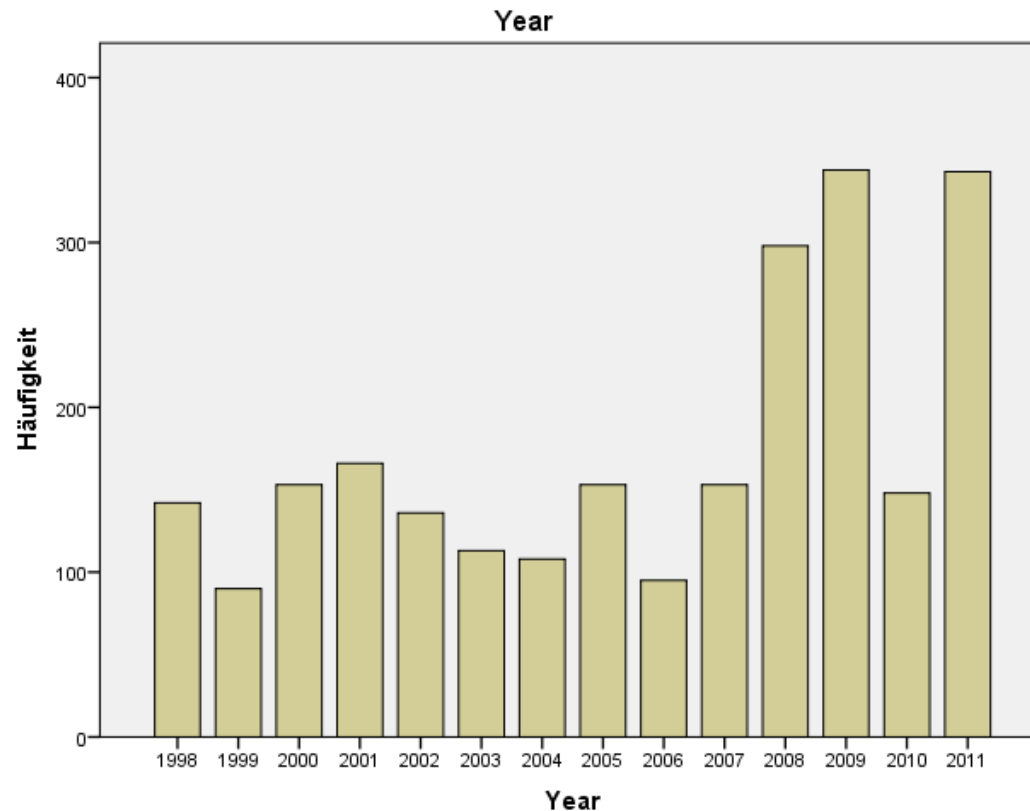
Politik und Ökonomie folgen gemeinsam einem **neuen** einheitlichen Set an Legitimitätskriterien, das nicht mehr die traditionellen Kernwerte der Allokationseffizienz (innere Politisierung der Märkte) und der demokratischen Gleichheit (Entdemokratisierung der Politik) enthält, sehr wohl aber Normen wie: Accountability, Transparenz, Deliberation und Einhaltung liberaler Menschenrechte.

Demokratie als Kriterium der Legitimität ökonomischer Ordnungen?

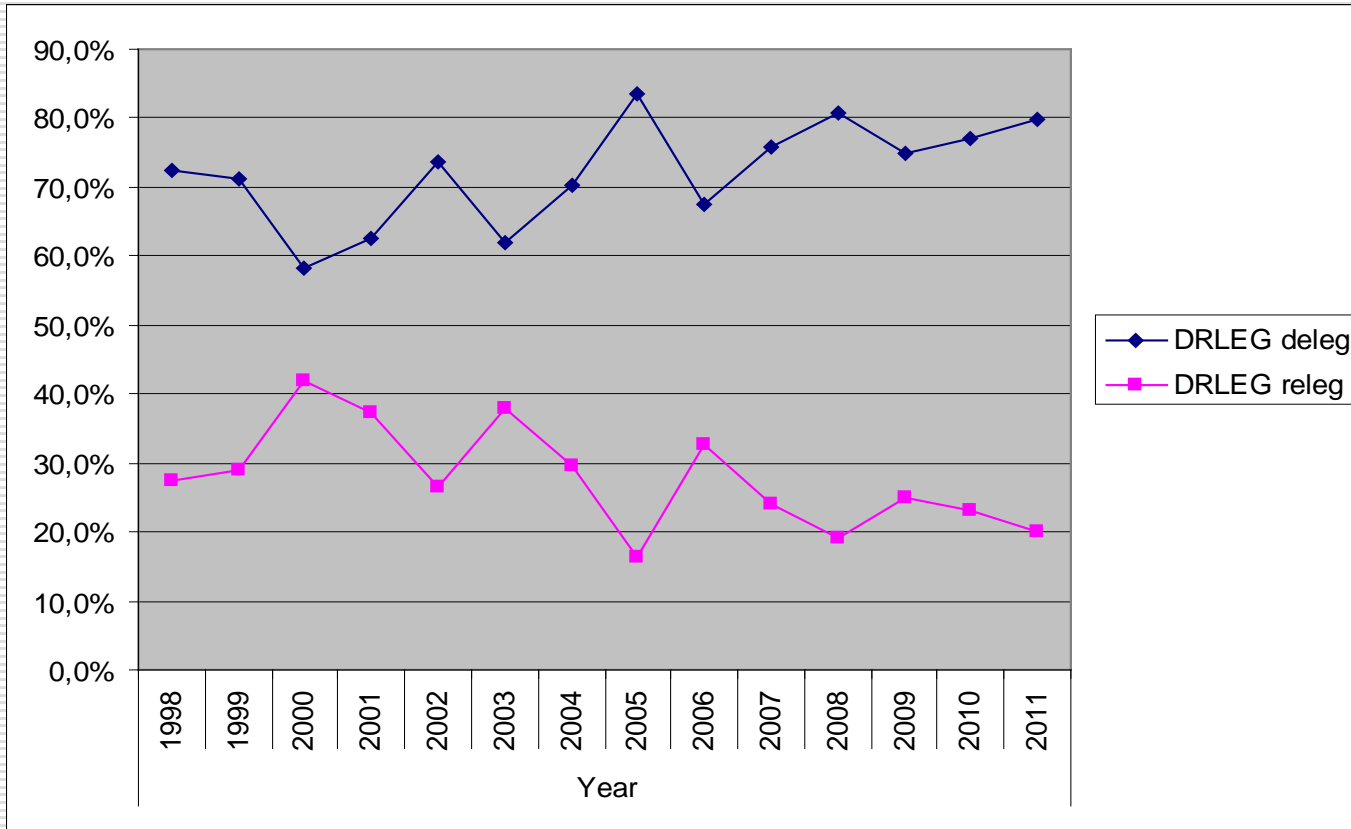
- Wirtschaftliche Organisationen wie Unternehmen können **demokratisiert** werden.
- Aber Marktinteraktionen können symmetrisch oder asymmetrisch, gerecht oder ungerecht sein, aber **nicht demokratisiert** werden.
- Daher wird entweder die Korrektur des Marktes durch **rechtliche und politische Rahmeninstitutionen** gefordert oder die **Moralisierung** der Marktinteraktionen.

Empirische Analysen der Marktlegitimation

Intensität / absolute Zahlen



Geringe Erhöhung des Delegitimationsniveaus in der Finanzmarktkrise (Prozent)



Legitimationsmuster

Am häufigsten verwendete Legitimationsmuster

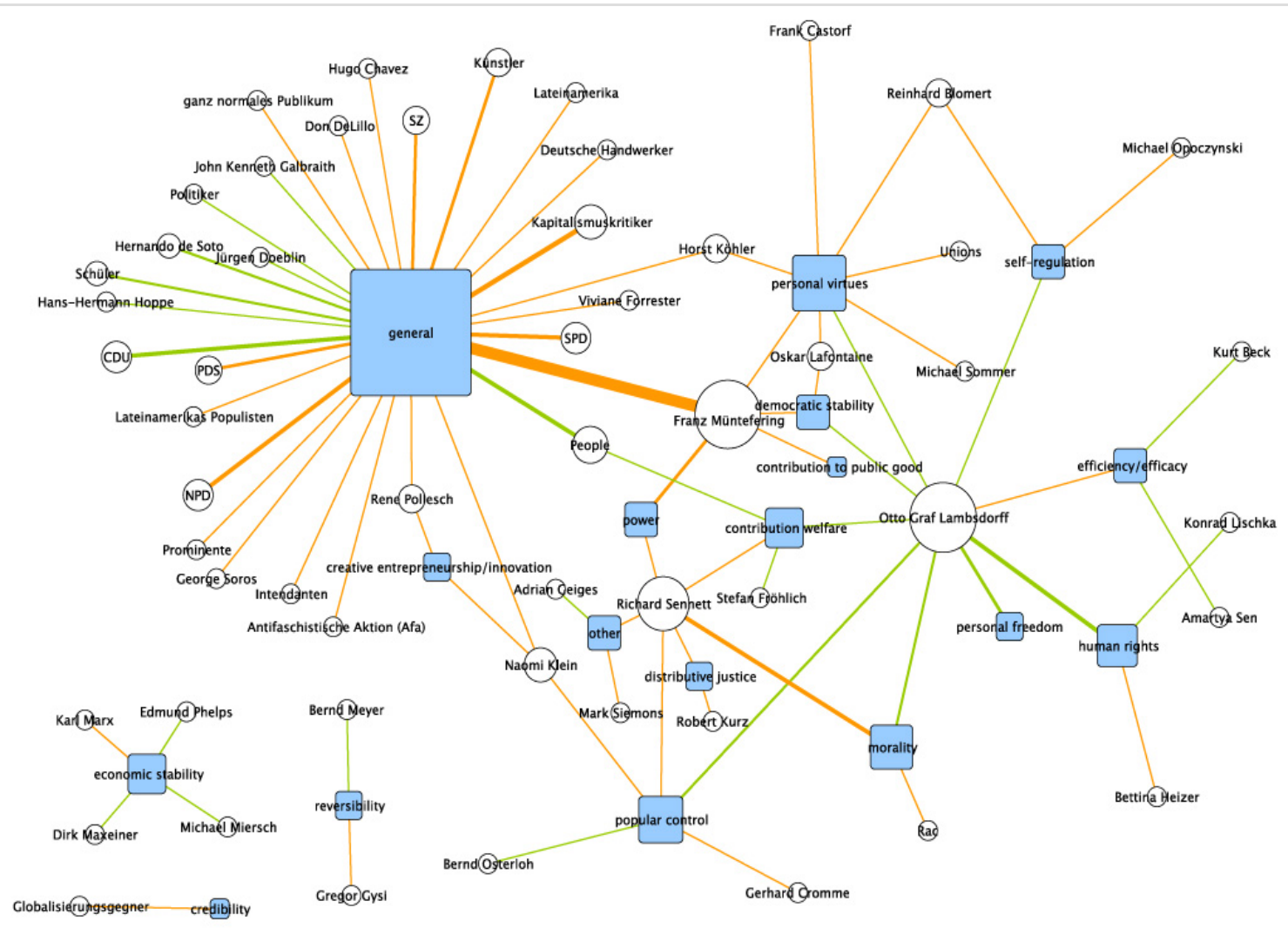
	1998-2007	2008-2011
Rangplatz 1	neg. personal virtues	neg. personal virtues
Rangplatz 2	no distributive justice	no creative entrepre.
Rangplatz 3	no self-regulation	no efficiency
Rangplatz 4	no popular control	no credibility
Rangplatz 5	no con. to public good	no popular control
Rangplatz 6	no con. to morality	no self-regulation
Rangplatz 7	no credibility	no con. public good

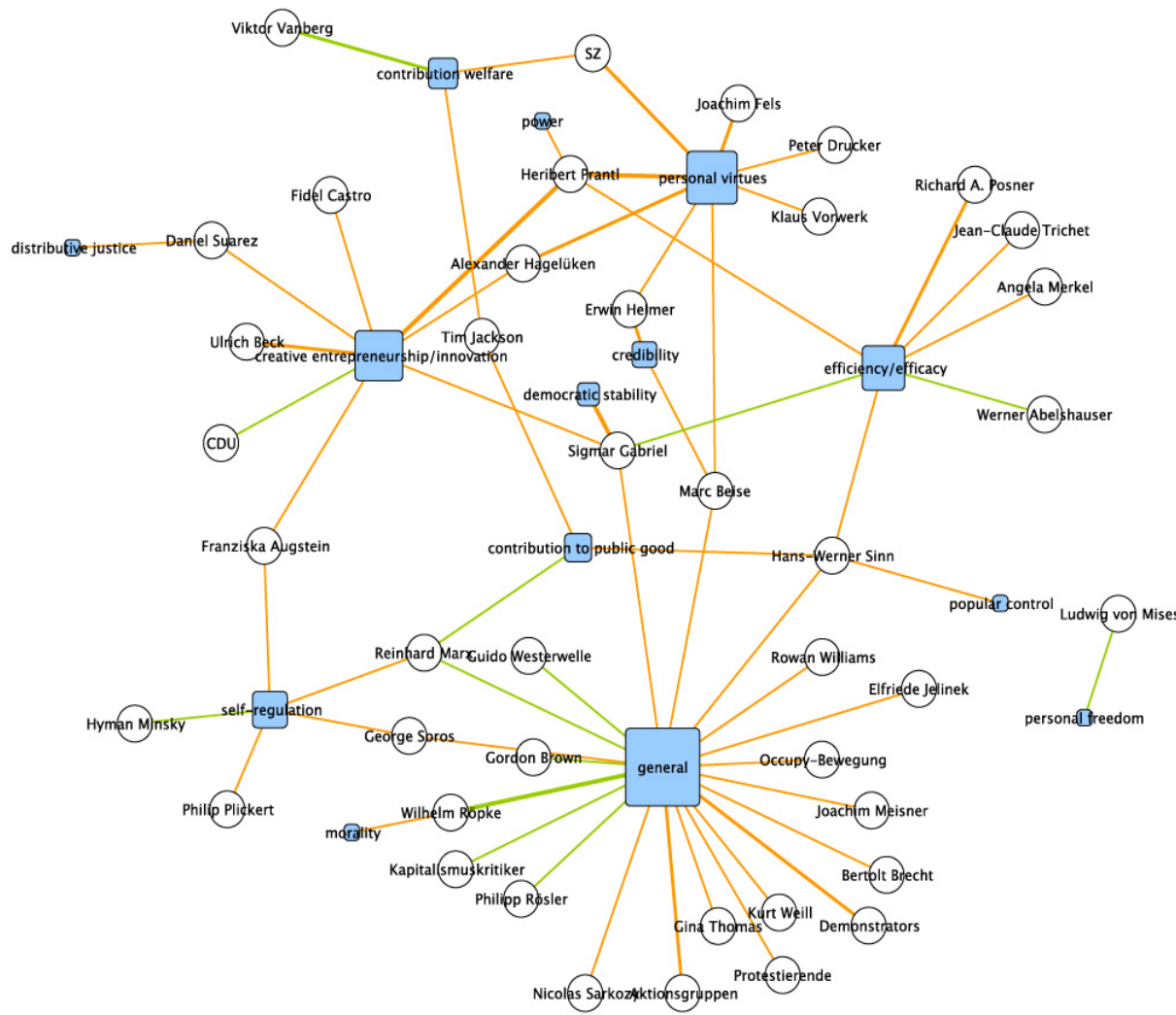
Auslegung von Legitimationsmustern

	Neoclassical Legitimation	Moral Delegitimation	Keynesian (Democratic) Delegitimation
Input	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Personal freedom ▪ Self-Regulation 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ No personal virtues ▪ No leadership 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ No popular control ▪ No credibility ▪ No self-regulation
Output	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Economic profit ▪ Efficiency/efficacy ▪ Contribution to welfare ▪ Innovation ▪ Economic stability 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ No contribution to morality 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ No protection of human rights ▪ No reversibility, sustainability ▪ No democratic stability ▪ No contribution to public good ▪ No distributive justice ▪ No economic stability

Ergebnisse

- Moralisierung als bedeutendes und im Zeitverlauf häufiger auftretendes Argumentationsmuster: personal virtues, leadership, contribution to morality
- Weitere wichtige Argumentationsmuster: Instabilität, Entfesselung, Unfähigkeit zur Selbstregulation
- Demokratische Marktkritik immer vorhanden, wird aber in der Krise nicht stärker

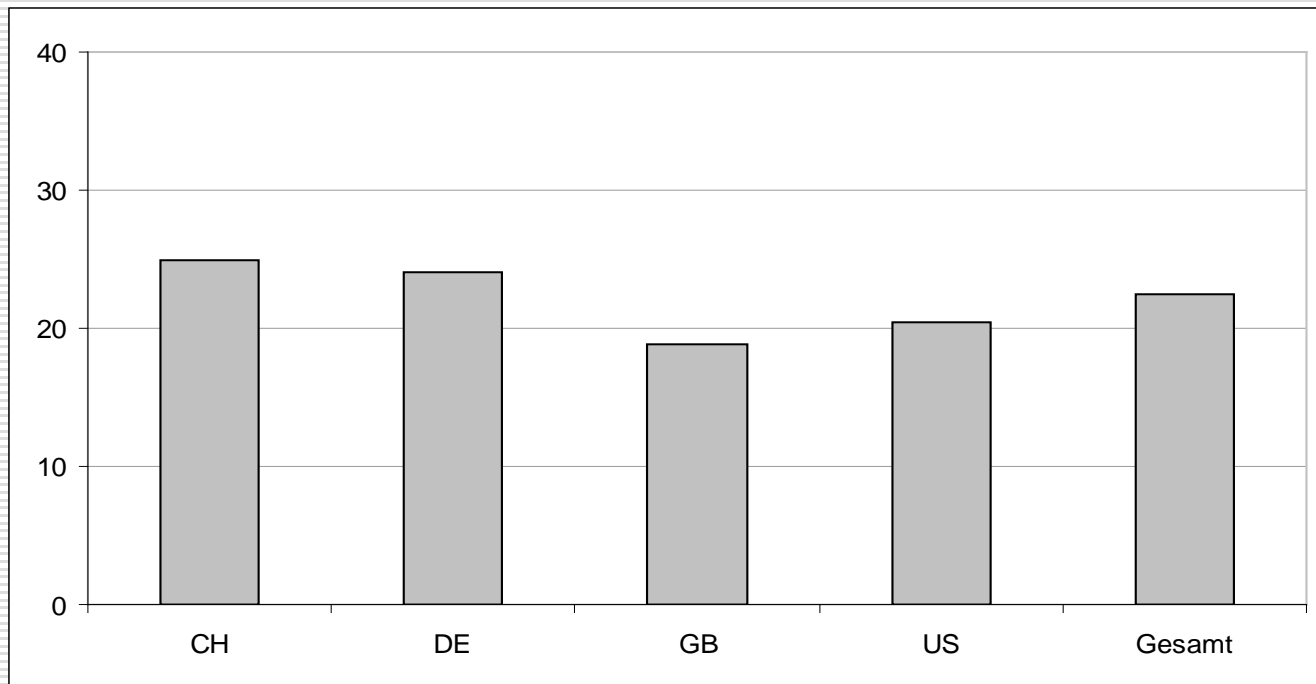




Ergebnisse

- Kapitalismus befindet sich in dem untersuchten Öffentlichkeitssegment in der Dauerkritik.
- Man kann durchaus von einer Harmlosigkeit der Kritik sprechen, auch nach 2008.
- Während es in den wiss. Debatten Anzeichen für eine Tendenz Richtung Verantwortungsmodell gibt, ist eine solche Entwicklung in der Öffentlichkeit nicht zu entdecken.

Legitimationsniveaus EU 1998-2007



Europäische Wirtschaftspolitik und demokratische Legitimität

Neoliberale Politik nach ihrem Scheitern

Naheliegende Zeitdiagnose:
Finanzmarktkrise 2008/9 als Scheitern
wirtschaftsliberaler Politik

Paradox:

Nach einer kurzen Phase eines Krisen-Keynesianismus erfolgte ein neuer Aufstieg neoliberaler Politik sowohl in ökonomisch starken Ländern als auch in den generell verschuldeten bzw. aufgrund der Bankenkrise verschuldeten Ländern. Man kann sogar von einer Zuspitzung zu einer Politik permanenter Austerität sprechen.

Entmachtung nationalstaatlicher Demokratie?

Allianzen zwischen nationalen Regierungen und Finanzsektor koordiniert in intergouvernementalen Arrangements entmachten die nationalen Sozial-, Lohn- und Finanzpolitiken zugunsten einer auf Dauer gestellten Austeritätspolitik. Eine Pluralität wirtschaftspolitischer Stile und Ausrichtungen wird zunehmend ausgeschlossen.

Politische Kultur der Erzwingung setzt sich durch.
Anstieg der Sozialproteste und Gegenbewegungen.

Entmachtung nationalstaatlicher Demokratie?

Nationalstaatliche Politik wird durch Eurozone/EU/IWF festgelegt. Fiskalpakt als intergouvernementale Verfassungsgebung.

Offizielle Geringschätzung nationaler demokratisch-politischer Entscheidungen – Politik der Demokratiemißachtung.

Demokratisches Entscheiden ohne Wahlmöglichkeit auf nationaler Ebene.

EU und Legitimität

Stabile Legitimitätskonstrukte:

- Allg. Gleichheit der Individuen bei Wahlen = Demokratie auf Nationalstaatsebene
- Allg. Gleichheit der Staaten auf Weltebene = Staatengleichberechtigung auf UN-Ebene

Perspektive: EU als politische Konstruktion, die auf einer Kombination aus Staaten- und Bürgergleichheit beruht

EU und Legitimität

- ❑ Jahrzehntelange Diskussion über das Demokratiedefizit
- ❑ Kein politischer Wille zum Bundesstaat
- ❑ Legitimität der Verlagerung der Haushaltspolitik auf EU-Ebene: Rechtliche Grenzen durch BVerfGE genau umschrieben.

EU und Legitimität

- Konstruktion von politischen „Zwischen-“-Lösungen
 - Nicht-majoritäre Institutionen
 - Übergang zum Verantwortungsmodell
 - Rein politische Konstruktion weiterer Integrationsschritte (z.B.: Habermas/Nida-Rümelin/Bofinger)
- Fehlende Konzeptionen zum fortdauernden Umgehen mit wirtschaftlicher Diversität

Schluss

- Keine konsistenten Lösungen in Politik und Wissenschaft erkennbar, die
 - demokratische Legitimität sicherstellen,
 - auf Staatenebene durchsetzungsfähig sind,
 - potentiell durch Referenden bestätigt werden könnten,
 - dauerhaft mit wirtschaftlichen Ungleichgewichten und Ungleichheiten kompatibel sind.